



Moritz Körner

Mitglied des Europäischen Parlaments



Michael Link

Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsminister für Europa a. D.

POSITIONSPAPIER Europa-Check für die zukünftige Bundesregierung

Wir Freie Demokraten wollen einen dezentral und föderal verfassten Europäischen Bundesstaat schaffen mit einer rechtsverbindlichen Verfassung und starken Institutionen. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits. Mit der Ergänzung des Leitbilds der Partei um die für die FDP untrennbare europäische Perspektive haben die Freien Demokraten ihr klares Bekenntnis zu Europa abgelegt. Im Wahlprogramm findet sich dieses europäische Selbstverständnis deshalb auch in den unterschiedlichsten Bereichen wieder. Es wird klar, dass jeder Politikbereich europäisch gedacht werden muss und die FDP dafür Vorschläge liefert.

Die EU muss im Großen groß sein und im Kleinen klein. Das bedeutet weniger Europa da, wo Europa sich besser raushält, aber dann auch mehr Europa, wenn ein Problem wirklich nur gemeinsam gelöst werden kann. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch weniger Deutschland da, wo Europa die Probleme besser lösen kann. Viele Maßnahmen in Bezug auf Klimawandel, Digitalisierung, Transport, Industriepolitik, Migration oder Terrorismusbekämpfung funktionieren europäisch besser als deutsch.

Der vertraglich verankerte Grundsatz der Subsidiarität besagt, dass die EU in Bereichen, für die nicht ausschließlich die EU zuständig ist, nur dann tätig werden darf, wenn die Ziele einer angestrebten Maßnahme von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend auf ihren Ebenen (zentral, regional, lokal) verwirklicht werden können. Dies ist richtig und weiterhin wichtig. Es ist aber an der Zeit, diesen Subsidiaritätscheck auch umgekehrt auf nationaler Ebene in Form eines Europa-Checks umzusetzen: wenn die Ziele der jeweiligen Maßnahme wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkung besser auf EU-Ebene zu verwirklichen sind, sollte die Bundesregierung auf nationale Alleingänge bei der Gesetzgebung verzichten bzw. sich auf jene Teilbereiche konzentrieren, die sie effizienter bewältigen kann und gleichzeitig ihre Aktivitäten, um diese Maßnahmen in den EU-Institutionen durchzubringen, gegenüber heute deutlich verstärken. Jede zukünftige Bundesregierung sollte als Teil des Gesetzgebungsprozesses diesen Europa-Check durchführen bevor nationale Maßnahmen initiiert werden.

Die FDP hat in ihrem Bundestagswahlprogramm 87 Themenbereiche herausgearbeitet, die einen Europa-Check erfordern (siehe Anhang). Europäische Hauptaufgaben für die nächste Bundesregierung werden die Belebung der europäischen Wirtschaft nach Corona ohne eine Schuldenunion zu institutionalisieren, eine technologieoffene und ideologiefreie Stärkung des Klimaschutzes, die Verteidigung des Rechtsstaats vor autoritären Rechtsstaatszersetzern, die Stärkung der Weltpolitikfähigkeit der EU gegenüber China und den USA, sowie die Durchsetzung einer menschenrechts- und wirtschaftsgerechten Migrationspolitik.

ANHANG

Themenbereiche, die einen Europa-Check erfordern

1. **Entfesselungspakt für die deutsche und die europäische Wirtschaft**

Die Freien Demokraten fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende Bürokratiendschungel belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“) – auch auf europäischer Ebene.

2. **Unternehmensbesteuerung europäisch denken**

Die Freien Demokraten wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt von rund 25 Prozent senken. Ziel ist es, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden. Zudem will sich die FDP gemeinsam mit den USA für eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen einsetzen. So will sie für mehr Fairness im Wettbewerb zwischen großen, internationalen Konzernen, die aggressive Steuervermeidung betreiben, und Mittelständlern sorgen.

3. **Europäische Wettbewerbsordnung für einen offenen Binnenmarkt**

Die Freien Demokraten wollen die und regelbasierte europäische Wettbewerbsordnung schützen und stärken und damit internationale Standards setzen. Dazu gehört zum einen der Einsatz gegen Protektionismus im europäischen Binnenmarkt. Sie wollen die EU-Entsenderichtlinie vereinfachen und das deutsche Arbeitnehmer-Entsendegesetz entbürokratisieren. Zum anderen brauchen wir insbesondere für junge und mittelständische Unternehmen bessere Wettbewerbsbedingungen, gerade im Bereich der Digitalwirtschaft. Die Konzentration von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen behindert echten Wettbewerb und Innovation. Das schadet insbesondere Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Zukunftsfähigkeit des Standorts. Die Freien Demokraten wenden sich daher entschieden gegen die politische Förderung von „nationalen Champions“. Derlei Alleingänge innerhalb des europäischen Binnenmarktes bremsen Innovationen und Skalierbarkeit. Das senkt letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber amerikanischer und chinesischer Konkurrenz. Die FDP sieht die Soziale Marktwirtschaft als lernendes System, als Modell für eine ökonomische Friedensordnung, nicht nur in Europa.

4. **Wirksame Regulierung von Gatekeeper-Unternehmen auf EU-Ebene**

Eine wirksame Kontrolle global agierender Gatekeeper-Unternehmen kann nicht allein von der Ebene des nationalen Rechts und der Behörden der EU-Mitgliedstaaten ausgehen. Wir unterstützen deshalb die Pläne zur Schaffung eines Digital Markets Act auf Ebene der Europäischen Union, mit dem eine das Kartellrecht ergänzende europäische Regulierung für Gatekeeper-Unternehmen geschaffen werden soll.

5. **Deutschland als Fürsprecher des Freihandels in Europa**

Die Freien Demokraten wollen, dass Deutschland sich international zum Fürsprecher des regelbasierten Freihandels macht und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreibt. Hierfür muss die Bundesregierung innerhalb

Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen entgegenzutreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Dabei will die FDP in der EU und weltweit gegen Marktverzerrungen vorgehen, die zum Beispiel durch stark subventionierte Staatsunternehmen entstehen. Sie setzt sich zudem für den Grundsatz der Reziprozität ein, wonach Unternehmen nur dann Zugang zum europäischen Markt haben sollten, wenn dies umgekehrt auch der Fall ist. Um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Handelspolitik zu erhalten, wollen die Freien Demokraten Freihandelsabkommen so gestalten, dass - wie etwa beim EU-Japan Abkommen - nur die Zustimmung des europäischen Parlaments, nicht aber die von nationalen und regionalen Parlamenten benötigt wird.

6. Gründung eines transatlantischen Wirtschaftsraums

Die Freien Demokraten wollen einen neuen Anlauf für ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen und einen Transatlantischen Wirtschaftsraum erreichen. Eine Blaupause kann das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) liefern, das 2017 abgeschlossen wurde und endlich auch von Deutschland ratifiziert werden sollte. Ebenso wollen sie das EU-Freihandelsabkommen mit Mercosur zügig abschließen und ratifizieren.

7. Klare internationale Regeln für fairen Steuerwettbewerb – keine europäischen Alleingänge

Die Freien Demokraten wollen eine faire Besteuerung für alle Unternehmen weltweit. Große internationale und digitale Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Deshalb unterstützen sie entsprechende internationale Arbeiten auf OECD- und G20-Ebene. Ein Alleingang der EU könnte dagegen zu Wettbewerbsverzerrungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen auch in Deutschland führen. Doppelbesteuerung will die FDP genauso verhindern wie Steuerverluste durch Verlagerungen.

8. Transparenter Steuerwettbewerb in der EU

Die Freien Demokraten fordern eine EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer. Dadurch wird die Höhe der Besteuerung in den einzelnen Mitgliedstaaten besser vergleichbar. Dementsprechend sind sie ausdrücklich gegen die Zulässigkeit sogenannter Tax-Deals, mit denen große Unternehmen die Höhe ihrer eigenen Besteuerung mit den Behörden eines Mitgliedstaats individuell aushandeln können. Damit steht die FDP für einen transparenten Steuersatzwettbewerb auf der Basis vergleichbarer Bemessungsgrundlagen innerhalb der Europäischen Union.

9. Steuerhinterziehung (europäisch und) weltweit abgestimmt bekämpfen

Die Freien Demokraten wollen Steuerhinterziehung und unlauteres Steuerdumping mit wirksamen und verhältnismäßigen Mitteln bekämpfen. Deutschland als Exportnation muss ein Interesse daran haben, möglichst weltweit abgestimmte Regeln zur internationalen Verteilung der Besteuerungsrechte auch in Zeiten digitaler Geschäftsmodelle zu erreichen. Diese müssen sowohl ungerechtfertigte Nichtbesteuerung als auch schädliche Doppelbesteuerung von Erträgen verhindern.

10. Europäischer Austausch in der beruflichen Bildung

Die Freien Demokraten wollen bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche Auslandserfahrung ermöglichen. Zugleich wollen sie mit einem Programm europäische Jugendliche bei einer Ausbildung in Deutschland unterstützen.

In einer globalisierten Arbeitswelt werden sprachliche und interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger. Analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst, der Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen bei Auslandsaufenthalten unterstützt. Die Programme Erasmus+ und Ausbildung Weltweit will die FDP ausbauen. Internationale Wahl- und Zusatzqualifikationen sollen in Aus- und Fortbildungsordnungen verankert und neue internationale Berufe geschaffen werden. Zudem müssen die in der Kopenhagener Erklärung vereinbarten Ziele wie die Anerkennung von Qualifikationen innerhalb der EU konsequent umgesetzt werden.

11. Gründung einer European Digital University (EDU)

Die Freien Demokraten fordern die Gründung einer European Digital University (EDU). In vorrangig digitalen Lehrformaten soll diese Dachorganisation in europäischer Trägerschaft Menschen in ganz Europa einen ortsunabhängigen Zugang zu den besten Lehrangeboten ermöglichen. Eine solche EDU soll die verbleibenden Grenzen der Bildungsmobilität überwinden und Menschen unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation, ihrer sozialen und geografischen Lage die Teilnahme an weltbesten Lehre und akademischer Weiterbildung ermöglichen. Als einzigartige Plattform für Lehrende und Lernende soll die EDU die digitalen e-Learning-Angebote der sich beteiligenden staatlichen und privaten Hochschulen aller EU-Mitgliedstaaten zusammenfassen und über die Grenzen der EU hinausbekannt machen.

12. Ausweitung des Erfolgsprogramms Erasmus+

Die Freien Demokraten wollen das Erfolgsprogramm Erasmus+ weiterentwickeln. Die interkulturelle Verständigung ist das beste Mittel gegen Populismus und nationale Engstirnigkeit. Großbritannien, der Schweiz, den Beitrittskandidaten der EU, den Staaten der Östlichen Partnerschaft und den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik wollen sie den Status eines Programmlands anbieten. Auch Schülerinnen und Schüler sollen von Erasmus+ profitieren und unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können. Die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen will die FDP verbessern. Zudem will sie ein Erasmus für Lehrkräfte etablieren.

13. Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote in der ganzen EU

Die Freien Demokraten wollen technologieoffenes Recycling in Deutschland ermöglichen und Abfälle zu neuen Rohstoffen machen, um letztlich eine EU-weite Kreislaufwirtschaft aufzubauen.

14. Raumfahrt europäisch denken

Die Raumfahrt muss gefördert werden und dabei immer europäisch gedacht werden. Start-ups sowie kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) wollen wir gezielt einbinden - sowohl durch Beteiligung an großen EU-Vorhaben als auch durch den Staat als Ankerkunden. Ausschreibungen gestalten wir auch für junge Unternehmen passend.

15. Startplattform für kleine Trägerraketen in Europa

Einen Weltraumbahnhof für kleine Trägerraketen in Europa sehen die Freien Demokraten als Zukunftsprojekt, damit die zahlreichen erfolgsversprechenden New Space-Unternehmen Satelliten flexibel und unabhängig ins All bringen können.

16. Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums

Die Freien Demokraten fordern einen einheitlichen europäischen Luftraum. Deutschland muss sich für ein widerstandsfähiges, nachhaltiges und effizientes Flugverkehrsmanagement einsetzen. Hoheitliche Aufgaben wie die innere Sicherheit oder die Drohnenabwehr müssen von der öffentlichen Hand getragen und effektiv organisiert werden.

17. Europäischer Wettbewerb für Seehäfen und Binnenwasserstraßen

Die Freien Demokraten streben eine Stärkung der See- und Binnenhäfen an. Das muss auch durch gute Wettbewerbsbedingungen in Europa erreicht werden, damit wir mit Häfen von Rotterdam bis Piräus Schritt halten.

18. Autonomes Fahren auf europäischer Ebene koordinieren

Die Freien Demokraten fordern eine langfristig angelegte Strategie für das Autonome Fahren, die nicht nur die Entwicklung der eigentlichen Technologie, sondern auch die Vernetzung aller Verkehrsteilnehmer sowie rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen und das Schaffen positiver Wachstumsfaktoren umfasst. Dabei muss die europäische und internationale Kooperation zur Schaffung einheitlicher Standards ebenso Schwerpunkt sein wie die Schaffung innovationsfreundlicher und rechtssicherer Vorgaben in Deutschland selbst.

19. Europa besser verbinden – Metropolen verbinden

Die Freien Demokraten fordern eine ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa und den Ausbau transeuropäischer Transportnetze. Ein gut ausgebautes (Hochgeschwindigkeits-) Schienennetz gehört genauso dazu wie leistungsstarke Hafenanlagen, Flugplätze und Fernstraßen. Ziel ist die noch engere Verknüpfung europäischer Metropolen und Warenumschlagsplätze.

20. Fahrzeugklassifizierung von Kleinkrafträdern auf EU-Ebene ändern

Die Höchstgeschwindigkeit von Kleinkrafträdern soll von 45 auf 55 km/h zu erhöht werden, die Freien Demokraten setzen sich dementsprechend für eine Modifizierung der Fahrzeugklassifizierung auf EU-Ebene ein.

21. Effizienter digitaler Binnenmarkt für Europa

Die Freie Demokraten wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Geschäftsmodelle sollen europaweit einfacher skalierbar werden. Regulierungsbedingte Barrieren sollen abgebaut werden, ohne die Vertragsfreiheit in Frage zu stellen. So schaffen wir auch ein Europa, das digital unabhängig ist, ohne jedoch in einen digitalen Protektionismus zu verfallen. Wenn wir grundlegende europäische Werte wie Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte auch in einer zunehmend digitalisierten und datengetriebenen Welt aufrechterhalten wollen, braucht es eine europaweit einheitliche Regulierung.

22. Europäischer Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz

Um das Potential neuer Technologien wie KI, Machine Learning und Robotik voll auszuschöpfen, ist ein europäischer Rechtsrahmen notwendig, der Rechtssicherheit im gesamten europäischen digitalen Binnenmarkt gewährleistet.

23. Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln in der EU gewährleisten

Die Freien Demokraten wollen die Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen

jederzeit gewährleisten. Dazu sind Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel haben, die Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland oder die EU zurück zu verlagern.

24. EU-weiter Rechtsrahmen für nicht-personenbezogene Daten

Die Freien Demokraten fordern eine Datenpolitik, die den Prinzipien von Selbstbestimmung über die eigenen Daten und Wettbewerb dient sowie Innovationen ermöglicht. Für einen echten Wettbewerb brauchen die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungsfreiheit. Dafür braucht es einen EU-weiten Rechtsrahmen für nicht-personenbezogene Daten schaffen.

25. Europäische Grundrechte wahren – Nein zur Vorratsdatenspeicherung

Die Freien Demokraten lehnen die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten ab. Dies gilt insbesondere für die anlasslose Speicherung aller Telekommunikationsverbindungsdaten auf Vorrat. Eine solche Vorratsdatenspeicherung stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs verstößt sie daher gegen die europäischen Grundrechte.

26. Europol zu einem Europäischen Kriminalamt ausbauen

Die Freien Demokraten fordern, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Die eigenen operativen Möglichkeiten von Europol müssen ausgedehnt werden. Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität machen nicht an Landesgrenzen halt. Die Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen gemeinsam ausgewertet und Einsätze der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Gefährder-Definitionen und Datenbanken müssen auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden und kompatibel sein. Außerdem wollen wir die europäische Cybersicherheits-Behörde ENISA stärken.

27. Stärkere Bekämpfung illegalen Waffenhandels auf EU-Ebene

Gefährder und Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden.

28. Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern

Whistleblower sollten nicht strafrechtlich belangt werden, wenn sie Straftaten oder rechtswidriges Verhalten offenbaren. Voraussetzung ist, dass sie vorher den Dienstweg ausgeschöpft haben oder dieser unzumutbar war. Whistleblower sollen auch vor der Strafverfolgung durch ausländische Staaten geschützt werden. Die EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern soll umgehend in deutsches Recht umgesetzt werden.

29. Wahlrecht ab 16 – auch bei Europawahlen

Die Freien Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte Generationengerechtigkeit.

30. Null Toleranz gegenüber Antisemitismus in Europa

Wir Freie Demokraten fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus. Jüdisches Leben in Deutschland und Europa ist für uns integraler

Bestandteil unserer Zivilgesellschaft. Politik und Sicherheitsbehörden müssen die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst nehmen und sich ihr entschieden entgegenstellen. Es darf keine Toleranz gegenüber irgendeiner Form des Antisemitismus geben.

31. Auswärtige Kulturpolitik stärken – auch auf EU-Ebene

Die Arbeit von Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen soll weiter gefördert und mit Blick auf digitale Angebote ausgebaut werden. Gleichzeitig unterstützen wir die freiwillige Zusammenarbeit der nationalen Kulturinstitute der EU-Mitgliedstaaten in Drittländern. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte eine Arbeitseinheit für internationale Kulturbeziehungen einrichten.

32. „European Heritage Trust“ gründen

Die Freien Demokraten wollen die Gründung eines EU-weiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust Europe“ in Großbritannien zum Schutze des europäischen Kulturerbes. Dieser Fonds soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz engagierenden Organisationen fördern und diese EU-weit miteinander vernetzen. Langfristiges Ziel soll es sein, mit dem „European Heritage Trust“ eine sich zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintritten und gewerblichen Betrieb selbst finanzierende Institution zu schaffen.

33. Ein modernes EU-Urheberrecht ohne Uploadfilter

Die Freien Demokraten wollen ein modernes Urheberrecht. Jedoch hinkt das geltende Urheberrecht hier der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung hinterher und bremst Innovationen. Die Freien Demokraten wollen das Urheberrecht nach dem Vorbild des amerikanischen „Fair Use Prinzips“ maßvoll weiterentwickeln. Den Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir als immense Gefahr für Meinungs- und Kunstfreiheit im Netz jedoch weiterhin ab.

34. Ausweitung des EU-ETS auf alle Sektoren

Die Freien Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit durch ein umfassendes in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Der Weg kann und muss in Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO₂-Preis haben.

35. Verkehrssektor insgesamt in den EU-Emissionshandel aufnehmen

Die Freien Demokraten fordern die Ausweitung des Europäischen CO₂-Emissionshandels auf den gesamten Verkehrssektor. Dadurch können die bestehenden Maßnahmen zur CO₂-Reduktion im Verkehr beendet werden. Viele der beschlossenen Verbote, Subventionen und Fördermaßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes im Verkehr führen nicht zu einer Reduktion, sondern lediglich zu steigenden Kosten und Marktverzerrung.

36. Speichertechnologien europäisch mitdenken

Die Freien Demokraten sehen in CCS (Carbon Capture and Storage)- und CDR (Carbon Direct Removal)-Technologien, durch die CO₂ der Atmosphäre direkt entzogen wird, eine große Chance für den Klimaschutz. Wer künftig CO₂ aus der Atmosphäre entfernt und bindet, muss dafür je Tonne gebundenes CO₂ ein europäisches CO₂-Zertifikat erhalten. Das muss dann wie jedes andere Zertifikat frei am Markt handelbar sein, ohne dass sich die Gesamtmenge der jährlich ausgegebenen Zertifikate erhöht. Um CDR zu fördern wollen die Freien Demokraten das 55% Ziel-Ziel der EU um ein 5% Negativemissionsziel-Ziel für Negativemissionstechnologien ergänzen. Durch frühzeitige Erkundung und Erschließung potentieller CO₂-Speicherstätten sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, Klimaneutralität in der EU auch vor 2050 zu ermöglichen, falls dies auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse erforderlich ist.

37. Fairen Wettbewerb durch einheitlichen CO₂-Preis nach EU-Vorbild sichern

Ziel muss ein über den europäischen Emissionshandel hinaus international abgestimmtes Vorgehen beim Klimaschutz mit einheitlichem CO₂-Preis für alle sein. Nur so kann ein echter Wettbewerb um Innovationen für mehr Klimaschutz gelingen. Damit verhindern wir Carbon Leakage. Denn dem Klimaschutz ist nicht geholfen, wenn CO₂-intensive Produktionsprozesse in Regionen mit geringeren Auflagen außerhalb Deutschlands und Europas verlagert werden und die Produkte anschließend importiert werden. Aus Sicht der Freien Demokraten ist in jedem Fall die Einbeziehung der Partner in Europäische Emissionshandelssysteme vorzuziehen. Als Übergangslösung bis zu einem globalen CO₂-Zertifikatehandel soll die EU darin unterstützt werden, einen WTO-konforme Weiterentwicklung des Carbon Leakage Schutzes einzuführen, der sich am EU-ETS orientiert.

38. Schutz der Arktis auf EU-Ebene ausbauen

Die Freien Demokraten wollen die Meeresforschung ausbauen und stehen für eine nachhaltige Meerespolitik, die wirtschaftliche Nutzung, Umweltschutz und Sicherheit in Einklang bringt. Deutschland muss international seine Vorreiterrolle ausbauen. Die Freien Demokraten wollen sich daher auf europäischer und internationaler Ebene für einen Ausbau des Schutzes der Arktis einsetzen.

39. Meeresverschmutzung mit europäischen Partnern rückgängig machen

Es befinden sich tonnenweise mehrere Millionen Tonnen Munitionsaltlasten und andere Kampfstoffe auf dem Meeresgrund. Gemeinsam mit den europäischen Partnern sollen diese Schadstoffe zeitnah geborgen bzw. unschädlich gemacht werden.

40. Zukunftskonferenz für neuen Schwung in Europa nutzen

Wir Freie Demokraten unterstützen die Konferenz zur Zukunft Europas. In diesem politischen Gremium sollen in einem einjährigen Prozess alle Europäischen Institutionen zusammenkommen, um mit Bürgerinnen und Bürgern aus allen Mitgliedstaaten die Prioritäten für die EU zu diskutieren. Wir wollen, dass sich die Konferenz auf zentrale Politikfelder konzentriert, die für unsere gemeinsame Zukunft langfristig von Relevanz sind. Dafür müssen Leitlinien, Ziele und Prioritäten definiert werden. Für uns geht es darum, die EU bei der Bewältigung von Pandemien robuster aufzustellen, Europa als Chancenkontinent zu entwickeln und als Fortschrittsmotor zu mobilisieren. Außerdem wollen wir die EU bürgernäher und handlungsfähiger machen und dafür institutionell reformieren. Das schließt auch Vertragsänderungen ein. Diese müssen anschließend von den Mitgliedstaaten und von den EU-Institutionen

angemessen umgesetzt werden.

41. Für eine gemeinsame Verfassung der Europäischen Union als Bundesstaat

Wir Freie Demokraten wollen nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas einen Verfassungskonvent einberufen. Dieser Konvent sollte einer dezentral und föderal verfassten Union eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtekatalog und starken Institutionen geben. Über die neue Europäische Verfassung sollen die Bürgerinnen und Bürger der EU in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung entscheiden und damit die Grundlage für einen föderal und dezentral verfassten Europäischen Bundesstaat schaffen. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits. Bis dahin möchten wir, dass parallel die europäische Integration durch ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" vertieft wird.

42. Für ein starkes EU-Parlament und mehr Transparenz

Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden. Das Europäische Parlament soll einen festen Tagungsort haben und selbst über seinen Sitz entscheiden können. Kommissionspräsidentin oder -präsident wird der Spitzenkandidat, der im EU-Parlament eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereint. Das Parlament kann ihm mit der Mehrheit seiner Mitglieder das Misstrauen aussprechen und eine andere Person zum Kommissionspräsidenten wählen. Das Vorschlagsrecht für die übrigen Kommissarinnen und Kommissare liegt beim Kommissionspräsidenten, das Parlament muss die Vorschläge einzeln bestätigen. Die EU-Kommission sollte auf höchstens 18 Kommissare verkleinert werden. Hierbei müssen klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Der Rat der Europäischen Union und seine Untergruppierungen sollen öffentlich tagen.

43. Offene Strategische Souveränität der EU anstreben

Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel der Europäischen Union, eine größere strategische Souveränität zu erreichen. Für uns bedeutet dies in erster Linie eigenständige Handlungsfähigkeit. Mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet, könnte die EU in Zukunft ihre eigenen Interessen und Werte besser durchsetzen und in wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung, Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar werden. In der Handels- und Entwicklungspolitik muss die EU die eigenen Stärken strategischer einsetzen und in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eigene militärische Fähigkeiten entwickeln. Das steht nicht im Widerspruch zur transatlantischen Partnerschaft und zur NATO, sondern erhöht das Gewicht der EU, als Partner auf Augenhöhe einen Beitrag zur liberalen Weltordnung zu leisten. Der Wunsch nach strategischer Souveränität darf aber weder zu Protektionismus noch zu einer Selbstisolation führen.

44. Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

Wir Freie Demokraten wollen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, die den Namen auch verdient. Die Europäische Union muss international schneller handlungsfähig sein und nach außen mit einer Stimme

sprechen. Wir fordern deshalb, dass die Einstimmigkeit im EU-Ministerrat in die qualifizierte Mehrheit überführt wird. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik muss so gestärkt werden, dass er zukünftig als vollwertiger „EU-Außenminister“ agieren kann.

45. Für eine Europäische Armee

Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Dazu streben wir eine schrittweise engere Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen EU-Mitgliedsländer an. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen europäischen Armee. Dafür wollen wir den bisherigen Ausbau der europäischen Verteidigungsunion beschleunigen. So müssen europäische Kommandostrukturen und ein gemeinsames militärisches Hauptquartier, aber auch Ausbildungseinrichtungen wie eine Europäische Sicherheitsakademie, geschaffen werden. Den Austausch zwischen den europäischen Streitkräften wollen wir durch ein Erasmus+-Programm für Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen intensivieren. Bei all diesen Schritten achten wir darauf, die Interoperabilität mit Kräften und Instrumenten der NATO weiter zu verstärken.

46. Neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich

Wir Freie Demokraten begrüßen, dass es nicht zu einem harten Brexit gekommen ist. Die beschlossenen Abkommen zum Handel, zur Zusammenarbeit bei ziviler Kernenergie und zur Informationssicherheit begründen aber nur dann eine tragfähige zukünftige Partnerschaft, wenn die vereinbarten Regeln auch eingehalten werden. So werden wir darauf achten, dass die britische Seite insbesondere ihren Pflichten nachkommt, vergleichbare regulatorische Standards aufrecht zu erhalten und keine unfairen Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Außerdem fordern wir vom Vereinigten Königreich die Rechte der Bürger und Bürgerinnen auf beiden Seiten des Ärmelkanals und den Frieden auf der irischen Insel, durch die vollumfängliche Umsetzung des Austrittsabkommen zu schützen. Bei einer Weiterentwicklung der Verträge ist das Europäische Parlament als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger Europas einzubeziehen. Wir Freie Demokraten wünschen uns eine enge außenpolitische Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich und eine baldige Neuregelung für den Austausch von Schülern und Studierenden nach dem Vorbild von Erasmus+. Wir wollen die Tür für einen zweiten Beitritt offenhalten, falls eine neue britische Generation den Brexit und seine nachteiligen Folgen für beide Seiten überdenkt.

47. EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden und ein neues Verhältnis zwischen der Türkei und der EU

Wir Freie Demokraten erkennen die besondere Rolle der Beziehungen zwischen Deutschland und der EU mit der Türkei. Sowohl die geographische Lage der Türkei als auch die große türkischstämmige Community in Europa verpflichten uns zu einem Neuanfang im Verhältnis zur Türkei. Wir wollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sein. Grundlage für diese sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat und die Achtung der Menschenrechte erfüllt

die Türkei nicht, wie die Zunahme an willkürlichen Anklagen auch gegenüber deutschen Menschenrechtsaktivisten und Journalisten zeigt. Die Türkei ist und bleibt aber als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner, weswegen wir uns dafür stark machen, die sicherheitspolitischen Spannungen im Bündnis abzubauen. Es wird eine Türkei nach Präsident Erdogan geben. Schon heute müssen die ökonomischen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zur Türkei die Grundlage für diesen Zeitpunkt bilden.

48. Für eine gemeinsame und innovative EU-Energieaußenpolitik

Wir Freie Demokraten wollen eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik. Ziel ist es, der EU die Diversifizierung ihrer Energiequellen zu ermöglichen und ihre Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu reduzieren. Die Inbetriebnahme der Pipeline "Nord Stream 2" muss in der EU gemeinsam entschieden werden und im Einklang mit EU-Handelsregeln und geltenden Sanktionen gegenüber Russland erfolgen. Dabei müssen auch die Interessen der Ukraine als Transitland für Energie berücksichtigt werden. Wir fordern ein Moratorium für den Weiterbau von "Nord Stream 2", bis die russische Führung im Fall Nawalny unabhängige und umfassende Ermittlungen gewährleistet und sich die Menschenrechtsslage bessert. Auch mit Russland sollte der Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe liegen. Um eine kontinuierliche Versorgungssicherheit zu garantieren, sind die EU-Mitgliedstaaten auch weiterhin auf Energieimporte angewiesen. Angesichts dieser Abhängigkeit ist Energiepolitik immer auch Außen- und Sicherheitspolitik. Eine gemeinsame Haltung der EU-Mitglieder hinsichtlich externer Bezugsquellen ist daher unverzichtbar.

49. Neuer Rechtsstaatsmechanismus in der EU

Wir Freie Demokraten fordern einen effektiven Rechtsstaatsmechanismus in der EU. Die politische Kontrolle der Mitgliedstaaten untereinander im Rahmen des Artikels 7 EUV hat sich nicht bewährt. Für uns Freie Demokraten steht fest, dass Länder, welche die Grundwerte der EU mit Füßen treten, nicht mit vollen Händen aus EU-Geldern schöpfen sollen. Daher soll bei der neuen Verordnung über die Rechtsstaatskonditionalität bei EU-Strukturfonds vom Dezember 2020 nachgebessert werden, und eine Ahndung solcher Verletzungen durch die Kommission für den Entzug von Mitteln ausreichen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir jedoch direkt unterstützen.

50. Leistungsstarker europäischer Bankenmarkt

Die Freien Demokraten setzen sich für einen leistungsstarken europäischen Bankenmarkt ein, der durch Wettbewerb und Vielfalt der Geschäftsmodelle geprägt ist. Aufgabe der Politik ist, gute und krisenfeste Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zu setzen.

51. Keine Privilegierung von Staatsanleihen in der europäischen Bankenregulierung

Die Freien Demokraten wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Regulierung von Banken und Versicherungen schrittweise beenden und durch marktorientierte Ansätze ersetzen.

52. Erst Abbau von Bilanzrisiken statt europäischer Einlagensicherung

Die Freien Demokraten wollen, dass die EU-Vorschriften zu Aufbau und Stärkung nationaler Einlagensicherungssysteme eingehalten werden, damit Risiken in den

Bilanzen der Banken dort abgebaut werden, wo sie eingegangen werden. Solange die Banken Europas nicht stabilisiert sind, wären ansonsten die Sparer in Ländern mit stabileren Bankensystemen die Leidtragenden. Die Schaffung einer einheitlichen europäischen Einlagensicherung (EDIS) lehnen die Freien Demokraten ab. EDIS würde keinen Zusatznutzen für die Finanzstabilität bringen, sondern die besonders bewährten Sicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken in Deutschland gefährden.

53. Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Eurostaaten

Die Freien Demokraten wollen ein Verfahren für geordnete „Staatsinsolvenzen“ schaffen. Damit sollen private Gläubiger einzelner Staaten stärker in die Verantwortung genommen werden. Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds (EWF) fließen, muss es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben, zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen. Eine solche Beteiligung des Privatsektors wäre gleichzeitig die wirksamste Krisenprävention, weil ein Staat sich dann in der Regel gar nicht erst unangemessen hoch verschulden könnte. Auch müssen der EWF und der Finanzstabilitätsrat mit ihrer analytischen Kompetenz bereits frühzeitig in die Krisenprävention eingebunden werden.

54. Europäischer Währungsfonds als Wächter über Staatsfinanzen

Die Freien Demokraten wollen den ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen. Er sollte die Ausgestaltung der makroökonomischen Anpassungsprogramme und die Kontrolle ihrer Umsetzung in den Darlehen nehmenden Ländern übernehmen. Ebenso sollte er für die Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Programmländer zuständig sein. Dadurch soll die Überwachung der Euro-Rettungsprogramme entpolitisiert werden.

55. Reform des Stabilitäts- & Wachstumspakts

Die Freien Demokraten fordern, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der für die Dauer der Pandemie und angesichts der hieraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen faktisch ausgesetzt wurde, nach der Krise wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt wird. Zu den Grundlagen der europäischen Finanzpolitik zählen für die Freien Demokraten unverändert die Begrenzung von Haushaltsdefiziten und Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Ländern (Maastricht-Kriterien). Außerdem strebt die Partei eine Reform des Paktes an, indem die Sanktionen für diejenigen Länder verschärft werden, die dauerhaft gegen die Prinzipien der öffentlichen Haushaltsführung verstoßen.

56. Für einen EU-Haushalt ohne Schulden und ohne EU-Steuern

Die Freien Demokraten wollen schnell zu einem schuldenfreien EU-Haushalt zurückkehren. Eine Schuldenunion lehnen sie ab. In der Corona-Krise wurde 2020 einmalig eine zeitlich befristete Schuldenfinanzierung des EU-Haushalts beschlossen. Die Freien Demokraten wollen, dass dieser Rückgriff auf die Schuldenpolitik einmalig bleibt, wie es die Bundesregierung den Bürgerinnen und Bürgern versprochen hat. Die immer wieder geforderte Einführung zusätzlicher EU-Steuern mit den europäischen Verträgen nicht vereinbar und wird von den Freien Demokraten abgelehnt.

57. Die Wirtschaftskrise in der EU gemeinsam überwinden

Die Freien Demokraten wollen eine Neuaufstellung der europäischen Kohäsions- und Innovationspolitik. Bewährte Instrumente wie Horizon 2020 oder auch die Europäische Investitionsbank sollen schlagkräftiger werden. Die europäische Innovationspolitik soll gezielt schwächeren Regionen zugutekommen, um dort ineffiziente Strukturen zu überwinden. Dabei muss das europäische Prinzip gelten: Der Erfolg der Starken fördert das Aufholen der Schwächeren. Gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg sind für die FDP Teil des Friedensprojekts der europäischen Einigung. Die wirtschaftliche Erholung aller Mitgliedsstaaten muss ein zentrales Ziel der europäischen Politik sein.

58. Für eine deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss

Die Freien Demokraten setzen uns zudem für eine wesentlich verbesserte, frühzeitigere und stringendere Koordinierung der deutschen Europapolitik innerhalb der Bundesregierung ein.

59. Liberale Demokratien in Europa gegen Desinformation schützen

Die Freien Demokraten wollen die liberalen Demokratien Europas dazu befähigen, Desinformation, Fake-News-Kampagnen, Propaganda und Manipulationen aus dem In- und Ausland besser abwehren zu können. Die Anstrengungen müssen gebündelt und unter Einbeziehung neuester Forschungsergebnisse verstärkt werden. Die Wahlinfrastruktur aller EU-Mitgliedstaaten muss als kritische Infrastruktur erheblich besser geschützt werden. Gegen verdeckte Parteienfinanzierung aus dem Ausland muss auf europäischer Ebene einheitlich vorgegangen werden. EU-Kommission und Europäischer Auswärtiger Dienst müssen die Mitgliedstaaten beraten und eine Beeinflussung der Willensbildungsprozesse und Wahlen in demokratischen Staaten aus autokratisch regierten Ländern verhindern.

60. Neue europäische Impulse für Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Freien Demokraten bekennen sich zum langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt und setzen sich dafür ein, die andauernde Krise der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle zu überwinden. Vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Sicherheitsumfeldes zerfallen die bestehenden Strukturen der Atomwaffenkontrolle. Gleichzeitig nimmt die Gefahr durch Nuklearwaffen in der internationalen Politik wieder zu. Die Freien Demokraten wollen deshalb, dass Deutschland und Europa starke Impulsgeber sind, um die Instrumente von Abrüstung und Rüstungskontrolle für das 21. Jahrhundert zu erneuern und neu zu denken.

61. Klare Haltung der EU gegenüber Russland

Die Freien Demokraten fordern ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Daher stehen sie ausdrücklich zu den von der EU verhängten Sanktionen. Im Fall einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss die EU diese verschärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiederherstellung der Friedensordnung. Dabei muss die EU mit einer Stimme sprechen. Lockerungen oder gar eine Aufhebung der Sanktionsregelungen kann es nur bei einer Umsetzung des Minsker Abkommens geben. Die Unterstützung Russlands für Diktatoren wie Alexander Lukaschenko oder Baschar al-Assad gefährdet die internationale Sicherheit ebenso wie vom Kreml gesteuerte Desinformationskampagnen und Hackerangriffe in Europa. Die Ermordung von Boris Nemzow, gezielte Giftanschläge wie zuletzt auf Regimegegner, Aktionen zur physischen und politischen Vernichtung prominenter Oppositioneller wie Alexei

Nawalny sowie die massenhafte Inhaftierung friedlicher Demonstranten kritisieren die Freien Demokraten aufs Schärfste. Präsident Wladimir Putin trägt unmittelbare Verantwortung für die zunehmende autoritäre Entwicklung Russlands. Die EU darf bei allem Willen zum Dialog nicht verharmlosend über diese gefährliche Entwicklung hinwegsehen. Gleichzeitig Inhaftierung friedlicher Demonstranten und die systematische Einschränkung der Pressefreiheit kritisieren die Freien Demokraten scharf. Gleichzeitig gilt, dass liberale Außenpolitik in der Tradition Walter Scheels und Hans-Dietrich Genschers Europa nicht an der Außengrenze der EU enden kann: Russland bleibt Deutschland und Europa menschlich, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden.

62. Für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten

Es muss regelmäßig geprüft und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, dass Hilfszahlungen von Deutschland und der EU an die palästinensische Autonomiebehörde nicht direkt oder indirekt zur Finanzierung von Gewalt oder Terrorismus missbraucht werden können.

63. Klarheit bei EU-China-Beziehungen

Die Freien Demokraten wollen die EU-China-Beziehungen ungeachtet der Systemrivalität gezielt weiterentwickeln und die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen vertiefen. Ein engerer Austausch mit China kann aber nur auf der Grundlage und der Einhaltung des geltenden internationalen Rechts und insbesondere der Regeln der Vereinten Nationen, der WTO und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfolgen. Die kurz vor Ende der deutschen Ratspräsidentschaft nach jahrelangen Verhandlungen am 30. Dezember 2020 erzielte Einigung über das EU-China-Investitionsabkommen (CAI), das über den Investitionsschutz selbst noch keine Regelung trifft, ist ein erster Schritt, der allerdings noch viele wichtige Rechtsfragen nicht abschließend regelt. Für die Freie Demokraten besteht deshalb noch in hohem Maße Ergänzungsbedarf, bevor es ratifiziert werden kann. Dazu gehören auch Chinas ungerechtfertigte Gegensanktionen gegen europäische Organisationen und Personen. Gegenseitiger Marktzugang, Rechtssicherheit einschließlich der Unabhängigkeit der Gerichte und die universelle Geltung der Menschenrechte sind untrennbare Teile unseres multilateralen Werte- und Regelsystems. Menschenrechtsverletzungen und die fehlende Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht schweigend hingenommen werden. Die beispiellose technische Überwachung der Bevölkerung sowie Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten durch den chinesischen Staat steht im Widerspruch zu Chinas völkerrechtlichen Verpflichtungen. Durch die Internierung und Zwangssterilisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten setzt sich China dem Vorwurf des Völkermordes aus. All diese Themen müssen im Rahmen des EU-China-Dialogs mit Nachdruck angesprochen werden. Das erwarten auch Chinas Nachbarn von uns, die oftmals einer Politik aktiver chinesischer Einschüchterung unterliegen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die FDP die zielgerichtete die Verhängung von Sanktionen der EU gegen chinesische Offizielle, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

64. Das demokratische Taiwan auf EU-Ebene unterstützen

Wir Freie Demokraten unterstützen die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Taiwan als gelungenem Gegenentwurf zum autoritären Herrschaftssystem in der Volksrepublik China. Wir wollen zudem, dass Deutschland und die EU den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und

zivilgesellschaftlichen Beziehungen vorantreiben. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und anderen Demokratien, allen voran Australien, Japan, Indien und den USA, wollen wir eine Strategie entwerfen, um China von der Drohung einer gewaltsamen Einnahme Taiwans abzubringen und China anhalten, auf dem Pfad der Diplomatie zu bleiben.

65. Hongkongs Freiheitsrechte auf EU-Ebene schützen

Zusammen mit der EU, Großbritannien und den USA muss Deutschland die Einhaltung der chinesisch-britischen Erklärung von 1984 einfordern, die das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ verankert. Mit dem „National Security Law“ und dem neuen Wahlgesetz wurde dieses Prinzip nicht nur verletzt, sondern durch die massive Einflussnahme und willkürliche Interpretation schwammiger Gesetzesbestimmungen in entscheidenden Rechtsgarantien außer Kraft gesetzt. Faktisch bedeutet dies die Unterwerfung Hongkongs durch die kommunistische Partei Chinas und das Aus für das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme". Auf diesen Bruch des Völkerrechts müssen Deutschland und die EU reagieren und personenbezogene Sanktionen gegen die Verantwortlichen erlassen.

66. Transatlantische Partnerschaften der EU erneuern

Die Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten bietet die große Chance, die transatlantischen Beziehungen für das kommende Jahrzehnt zu erneuern. Die Freien Demokraten wollen, dass Deutschland und die EU diese Chance nutzen. Hierfür wollen die Freie Demokraten den Dialog mit den Vereinigten Staaten auf allen Ebenen intensivieren, die transatlantischen Handelsbeziehungen hin zu einem Transatlantischen Wirtschaftsraum vertiefen, den EU-US-Privacy Shield schnell neu verhandeln, um eine rechtssichere Lösung für den transatlantischen Datenverkehr zu finden. Zudem wollen sie die europäische Handlungsfähigkeit sowie den Zusammenhalt der NATO stärken und so dazu beitragen, die besonderen Beziehungen zwischen Europa und den USA auf eine Grundlage zu stellen, die den aktuellen geopolitischen Umbrüchen Rechnung trägt. Gleiches gilt für umfassende Beziehungen mit dem NATO- Partner Kanada, wo die Freien Demokraten das von der Großen Koalition noch immer nicht ratifizierte EU-Kanada Handelsabkommen CETA schnellstens verabschieden wollen.

67. Menschenrechte in der EU im digitalen Zeitalter schützen

Beim Ausbau des Menschenrechtsschutzes im digitalen Zeitalter, insbesondere durch das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten, den Schutz vor Massenüberwachung, das Recht auf Anonymität im Internet und das Recht auf Verschlüsselung, muss Deutschland im Zuge einer effektiven Cyber-Sicherheitsstrategie in Europa und international eine Führungsrolle einnehmen. Zum Schutz der Privatsphäre gehört auch, dass zur Straf- und Zivilrechtsverfolgung von Persönlichkeitsrechtsverletzungen Anonymität aufgehoben werden kann.

68. Stärkere Anstrengungen für mehr Frauen in Schlüssel- und Führungspositionen der EU

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Frauen weltweit eine elementare Rolle in der internationalen Friedenssicherung, Streitschlichtung und Krisenprävention spielen. Wir wollen deshalb die Position von Frauen in der Krisen- und Konfliktbewältigung stärken. Deshalb fordern wir eine stärkere Anstrengung bei der Positionierung von Frauen in Schlüssel- und Führungspositionen bei der UNO, der EU und im Bund.

69. Stärkung von LSBTI-Rechten

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland sich gemeinsam mit EU-Partnern konsequent für die Stärkung von LSBTI-Rechten einsetzt, Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen verurteilt und für die Abschaffung diskriminierender Gesetze eintritt. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTI muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort auf den Prüfstand stellen, gegebenenfalls die Budgethilfe streichen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden. Auf Ebene der Vereinten Nationen fordern wir eine Konvention für LSBTI-Rechte nach dem Vorbild der Frauenrechtskonvention. Nirgendwo dürfen homosexuelle Handlungen und die geschlechtliche Identität kriminalisiert werden. In der EU soll die Bundesregierung auf einen europaweiten Schutz von LSBTI-Rechten hinwirken. Angeblich "LGBT-freie Zonen" in Polen und der europaweite Anstieg von Übergriffen gegen LSBTI sind mit europäischen Werten nicht vereinbar. Innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen sollen mit allen Rechten und Pflichten anerkannt werden.

70. Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in europäischen Unternehmen fördern

Daher treten wir für eine einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette ein. Wir sind überzeugt, dass nur gemeinsame europäische Standards dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer positiven und nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen. Sie haben allerdings weder die Marktmacht noch das Personal, um weltweit die Einhaltung der Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten zu garantieren. Damit dieses Engagement nicht gefährdet wird, sollte die Haftung in der Lieferkette nur auf den Bereich der direkten Kontrolle bezogen werden, ohne neue zivilrechtliche Haftungsansprüche zu begründen. Wir schlagen einen risiko-, größen- und sektorspezifischen Ansatz vor. Die Schaffung weiterer Dokumentationspflichten oder unnötiger bürokratischer Hürden lehnen wir ab.

71. Entwicklungszusammenarbeit stärker europäisch koordinieren

Die Freien Demokraten setzen sich für die Stärkung der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein. Die Bekämpfung von Hunger, die Förderung von Bildung, der Einsatz für den internationalen Klima-, Arten- und Umweltschutz, Gesundheitsversorgung sowie sexuelle und reproduktive Rechte können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern erreichen. Durch eine stärkere Kooperation und Koordination mit unseren europäischen und internationalen Partnern wollen wir zusätzlich Synergien schaffen und die Wirkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit deutlich steigern.

72. Europäische Entwicklungsbank aufbauen

Die Freien Demokraten setzen sich für die Schaffung einer Europäischen Entwicklungsbank unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein. Angesichts gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen muss die europäische Entwicklungspolitik schlagkräftiger werden, um freiheitliche Werte weltweit verteidigen zu können. Dafür muss die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten besser aufeinander abgestimmt werden. Die EIB bietet hierfür den geeigneten Rahmen. Eine Europäische Entwicklungsbank, die den Fokus auf Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit legt und die Mobilisierung von privatem Kapital steigert, kann Teil einer gemeinsamen europäischen Antwort auf die

chinesische „Belt and Road“-Initiative sein, damit Entwicklungsländer nicht vom autokratischen Regime in Peking abhängig werden.

73. Europäische Abstimmung in der Afrikapolitik

Die Freien Demokraten fordern eine europäisch und zwischen den europäischen Mitgliedstaaten abgestimmte Afrikapolitik. Sie wollen die Staaten Afrikas partnerschaftlich bei der Stärkung von Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und, sofern geboten, der Sicherheitskräfte unterstützen. So wollen sie nicht nur Europas historischer Verantwortung gerecht werden, sondern auch die Integration Afrikas in regionale und globale Wirtschaftskreisläufe fördern. Dies trägt auch der Tatsache Rechnung, dass gerade Subsahara-Afrika mehr und mehr zu einem echten Wirtschaftspartner Deutschlands und Europas wird. Zudem wollen die Freien Demokraten Anreize für gute Regierungsführung schaffen. Die Freiheit zur Eigengestaltung, Beteiligungsrechte und gute Regierungsführung sind Grundvoraussetzung für Wachstum und Entwicklung. Sie begrüßen, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit regionalen Gruppen von AKP-Staaten die Handelsbeziehungen zwischen EU und Afrika auf eine WTO-konforme Rechtsgrundlage stellen und allen afrikanischen Staaten einen erleichterten und bevorzugten Marktzugang bieten. Ziel muss dennoch der vollständige Zugang zum EU-Binnenmarkt und der Abbau protektionistischer Maßnahmen sein. Marktverzerrende Subventionen der EU insbesondere im Agrarbereich dürfen den Aufbau wettbewerbsfähiger Märkte in Afrika nicht untergraben. Die EU muss die regionale wirtschaftliche Integration innerhalb Afrikas und die nachhaltige Wertschöpfung vor Ort stärker unterstützen. Deshalb wollen wir die Afrikanische Union (AU) bei der Realisierung der kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) aktiv unterstützen.

74. Einwanderung in den (europäischen) Arbeitsmarkt steuern

Die Freien Demokraten wollen die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach steuern. Dazu fordern sie ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer überarbeiteten Blue Card als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fachkräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um die Möglichkeit für Fachkräfte zu schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Mittelfristig soll die Chancenkarte in einem europäischen Talentpool aufgehen, um Europas Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte und Studierende zu erhöhen und zu vereinheitlichen.

75. Verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden in der EU

Die Freien Demokraten fordern als Kern einer Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik eine verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, es sei denn, sie haben erkennbar keine Bleibeperspektive. Sollte eine Einigung auf EU-Ebene nicht in absehbarer Zeit gelingen, sollte Deutschland mit gleichgesinnten Staaten vorangehen. Staaten, die sich an dieser "Koalition der Willigen" nicht beteiligen, müssen mit angemessenen Kürzungen aus Zuwendungen aus dem EU-Haushalt rechnen, die dann zur Finanzierung der Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen verwendet werden.

76. Sekundärmigration innerhalb der EU verhindern

Die Freien Demokraten wollen eine feste Zuständigkeit für 8 Jahre des EU-Mitgliedstaates, dem ein Schutzsuchender zugeteilt wurde. Die Rücküberstellung in den zuständigen EU-Staat muss vereinfacht werden. Hilfsleistungen soll der Schutzsuchende in der Regel nur im zuständigen EU-Staat erhalten. Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Hilfeleistungen in allen Mitgliedstaaten einem europäischen Mindestniveau entsprechen. Damit will die FDP die Dublin-Regelungen weiterentwickeln und Sekundärmigration wirksam verhindern.

77. Asylanträge in Botschaften von EU-Mitgliedsstaaten ermöglichen: Visum aus humanitären Gründen

Die Freie Demokraten fordern, dass Asylanträge auch im Ausland in den Botschaften von EU-Mitgliedsstaaten gestellt werden können. Es muss möglich sein, auf sicherem Wege nach Europa zu kommen - ohne lebensgefährliche Reise und der Gefahr, in die Hände von Menschenhändlern zu geraten. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind. Dazu sollten im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert werden.

78. Frontex reformieren für EU-Außengrenze und Seenotrettung

Die Freie Demokraten fordern einen schnelleren Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000 Beamten, begleitet von einer strukturellen Reform, sowie einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Deutschland muss sich hieran stärker beteiligen. Ein Raum ohne Binnengrenzen erfordert einen starken Schutz der Außengrenzen. Dies können die Mitgliedstaaten vielfach nicht mehr alleine leisten. Eine starke europäische Grenzschutzagentur, die sie hierbei unterstützt, ist damit im Interesse aller Mitgliedstaaten und insbesondere im deutschen Interesse. Frontex sollte auch die Seenotrettung übernehmen, um endlich das grausame Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Aufgabe. Solange dies nicht gewährleistet ist, dürfen private Stellen, die diese Aufgabe übernehmen, nicht behindert werden. Die unter Beteiligung von Frontex erfolgten Pushbacks, also das illegale Zurückdrängen von Migrant*innen, ist sehr ernst zu nehmen. Wir setzen uns für die Aufklärung solcher Vorkommnisse und schärfere Mechanismen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen ein. So stärken wir den europäischen Grenzschutz, verbessern die Seenotrettung und tragen Sorge für die Einhaltung der Menschenrechte an den Außengrenzen der EU.

79. Für ein liberales Staatsangehörigkeitsrecht mit europäischer Offenheit

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht sollte auch die Mehrstaatigkeit im Falle einer Einbürgerung grundsätzlich zulassen. Spätestens in der Enkelgeneration der Ersteingebürgerten sollten sich Menschen für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, außer wenn mit dem Verlust der Aufgabe der zweiten Staatsangehörigkeit rechtliche oder wirtschaftliche Nachteile verbunden sind, sie nicht auf sie verzichten können oder es sich um die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates handelt.

80. Energie bezahlbar machen – Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß

Die Freien Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend reformieren. Denn aktuell hat Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen. Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken.

81. Für eine Europäische Wasserstoffunion

Wir Freie Demokraten wollen die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion voranbringen. Denn Deutschland importiert heute rund 70 Prozent seines Energiebedarfs und wird trotz aller Anstrengungen auf dem Heimatmarkt auch künftig auf die Einfuhr von Energieträgern angewiesen sein. Daher müssen wir jetzt eine europäische Strategie für den Import CO₂-neutraler Gase und Kraftstoffe schaffen. Neben dem frühzeitigen Aufbau von internationalen Partnerschaften muss es auch Teil dieser Strategie sein, die notwendige Importinfrastruktur zu realisieren. Eine Europäische Wasserstoffunion verbindet Klimaschutz mit einer zukunftsfähigen Industrie und sicherer Energieversorgung. Wasserstoffprojekte, zum Beispiel aus Solarenergie an günstigen Produktionsstandorten in Südeuropa, können helfen, wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der EU zu mindern.

82. Unabhängigkeit der Landwirtschaft auch auf EU-Ebene stärken

Wir Freie Demokraten wollen Landwirte unabhängig von Agrarzahlingen machen und sie von überbordender Bürokratie entlasten. Die europäische Agrarpolitik braucht ein Update. Wir wollen weg von flächenbezogenen Direktzahlungen und hin zu mehr zukunftssichernder Investitionsförderung und Forschung. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU und fordern den sukzessiven Abbau der EU-Agrarsubventionen. Das Genossenschaftsrecht wollen wir reformieren. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen für alle im gemeinsamen Binnenmarkt können wir die Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern.

83. Europaweite Verfügbarkeit wirksamer und moderner Pflanzenschutzmittel

Wir wollen die europaweite Verfügbarkeit wirksamer und moderner Pflanzenschutzmittel sicherstellen. Nationale Alleingänge diesbezüglich lehnen wir ab.

84. Europaweites Tierwohllabel für Transparenz und verantwortungsvolle Haltung

Damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf tierischer Erzeugnisse Verantwortung übernehmen können, müssen Haltungsbedingungen klar erkennbar sein. Um dies zu gewährleisten, setzen wir uns für ein einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten Europäischen Union und mittelfristig europaweit einheitliche Tierschutzstandards ein.

85. Nachhaltige Nutzung der Fischbestände auf EU-Ebene sichern

Wir Freie Demokraten wollen jegliche Fischerei konsequent an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Dazu wollen wir die Grundschleppnetz-Fischerei beschränken und Fangtechniken artenspezifisch anpassen, beispielsweise durch die Vergrößerung der Maschenweite von Fangnetzen. Beifang soll bei den Fangquoten angerechnet werden. Die Erfolge der Europäischen Fischereipolitik auf diesem Gebiet müssen gesichert werden. Auch im Interesse der Verbraucher wollen wir die Konkurrenzfähigkeit unserer Fischer und Aquakulturproduzenten im internationalen Wettbewerb stärken.

86. Nachhaltige Landwirtschaft in Europa durch neue Technologien

Wir Freie Demokraten wollen Technologieoffenheit für die nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft. Ebenso setzen wir uns für die zügige Zulassung von In-vitro-Fleisch in der EU ein.

87. Europaweite Altersvorsorge für staatliche Förderung in Deutschland öffnen

Wir Freie Demokraten wollen es Lebensversicherern, Pensionskassen und Versorgungswerken ermöglichen, vermehrt und einfacher in Wagniskapital, Startups, Aktien oder Infrastrukturprojekte zu investieren. Diese Anlageformen bieten gerade bei langen Anlagezeiträumen höhere Renditechancen bei geringem Risiko. Und höhere Renditen ermöglichen höhere Renten! Auch die Anlagevorschriften bei der staatlich geförderten Altersvorsorge, zum Beispiel bei Riester-Verträgen, wollen wir öffnen. Der Wohn-Riester bleibt unberührt. Die Sparer sollen selbst über den für sie passenden Rendite-/Risikomix und die Anlageformen entscheiden. Das öffnet auch die europaweite Altersvorsorge (PEPP) für die staatliche Förderung in Deutschland.